

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



«Flügel» Mireille

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Jetzt ist schon Dezember – eigentlich eine Zeit der Besinnung, der Grosszügigkeit, des Friedens. Und dennoch ist die Welt vom Gegenteil geprägt – ohne Aussicht auf Milderung. Nein, es bahnt sich Verschärfung an. Und den Menschen, mit denen und für die wir uns einsetzen, sollen mehr und mehr die Flügel gestutzt werden. Wir leben auf dem europäischen Kontinent, hier haben wir Putin, Meloni, Orban, Kickl, Erdogan...

Und jenseits des Atlantiks? Ich war so naiv, mir vorzustellen, dass eine Schwarze Frau Präsidentin der Vereinigten Staaten werden könnte¹ – weit gefehlt. Die Mehrheit der Wählenden hat einen Verbrecher vorgezogen, der jetzt Faschist:innen, Rassist:innen und Konspirationist:innen in die wichtigsten Ministerien beruft. Und die siebzig Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung² in den Vereinigten

Staaten, die NICHT Trump gewählt haben, müssen jetzt schauen, wo sie bleiben. Eine Handvoll verbrecherischer Staatschefs ist also dabei, durch politischen und anti-ökologischen Wahnsinn Millionen von Menschenleben zu zerstören.

Was sollen und können wir tun?

Das Einzige, was mir im Moment dazu einfällt: Uns auf unsere Flügel besinnen, sie weit ausbreiten, um so Vielen wie nur möglich Schutz zu gewähren und sie einzuladen mitzufiegen. Wir wünschen Euch besinnliche, schöne Weihnachten und einen guten Jahresanfang!

Constanze Warta für das Archipel-Team.

1. Das hier ist keine Lobeshymne auf Kamala Harris! Wir stehen ihren politischen Aussagen zum Teil sehr kritisch gegenüber.

2. Die Kamala Harris- und die wahlberechtigten Nichtwähler:innen zusammengezählt. (France Info)

RECHTSEXTREMISMUS

Vernetzung der Rechtsextremen

«Man kann tatsächlich sehen, wie diese ‚rechtsextreme Internationale‘ Form annimmt.» Grzegorz Piotrowski erörtert in diesem Interview¹ hauptsächlich die Macht der Rechtsextremen und deren internationale Vernetzung, spricht aber auch über Ansätze von Gegenwehr.

Die rechtsextreme Agenda war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie so mächtig wie heute. Nachdem sich das politische Zent-

rum jahrzehntelang immer weiter nach rechts verschoben hat, verbünden sich ultranationalistische und neofaschistische Kräfte nun offen

mit populistischen und konservativen Parteien auf der ganzen Welt oder geben innerhalb von diesen den Ton an. Uri Gordon, Chefredaktor der britischen Internet-Zeitung «Freedom», hat mit dem polnischen Soziologen Grzegorz Piotrowski² über die internationale extreme Rechte gesprochen. Die Antworten wurden aus Gründen der Kürze und Klarheit bearbeitet.

Uri Gordon, Freedom: Während die politischen und wirtschaftlichen Eliten und insbesondere die rechte Presse in Grossbritannien damit beschäftigt sind, Fremdenfeindlichkeit zu verbreiten und strengere Grenzkontrollen zu fordern, haben dieselben Eliten und ihre Komplizen kein Problem damit, über Grenzen hinweg zu arbeiten. Was hat es mit diesem Internationalismus auf sich?

Grzegorz Piotrowski: Der ist nichts Neues. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg waren sie ziemlich international. Aber wenn rechtsextreme Gruppen vor 15 Jahren tief in ihrem lokalen Kontext verwurzelt waren, haben sie jetzt sehr mächtige Verbündete gewonnen, insbesondere Verbündete, die viel Geld haben. Auf der «Conservative Political Action Conference» (CPAC)³ in Budapest im Mai 2024 konnte man diese «rechtsextreme Internationale» tatsächlich sehen – Tucker Carlson, Viktor Orban... Die Russen können zurzeit nicht mehr so viel reisen, aber es kommen Menschen aus der ganzen Welt an diese Konferenzen, sogar Mitglieder des Europäischen Parlaments. Man kann auch den Geldfluss beobachten und es gibt viele rechtsextreme Gruppen, die von westlichen Millionären oder dem Kreml finanziert werden. In Polen gibt es viele Twitter-Konten, von denen jeder weiss, dass sie von Russland finanziert werden. Sie haben die Rechtsextremen in Österreich und Italien gesponsert, und bei Gruppen, die gegen die reproduktiven Rechte⁴ kämpfen, kann man Geldflüsse aus Brasilien nachzeichnen.

Treten also die heraufgeschworenen Schreckgespenster «Gender-Ideologie» und «kultureller Marxismus» an die Stelle von offenem Rassenhass oder handelt es sich nur um ideologische Deckmäntel?

Ich denke, die Basis ist eine Art Trugbild der weissen männlichen christlichen Identität, sodass Islamophobie oder Antisemitismus ein grosser Teil davon sind. Das funktioniert aber nicht in allen Ländern auf die gleiche Weise. Dasselbe gilt für Homophobie. Ich meine, in Polen und Ungarn ist sie ziemlich effizient, in Grossbritannien hingegen nicht wirklich, aber das erlaubt es ihnen dann, die «Kreuzzug und Eroberer»-Karte auszuspielen. Zusätzlich zur Karte des Wohlfahrts-Chauvinismus⁵. Es geht darum, wie man das «Andere» konstruiert, das ethnisch und kulturell nicht zu seinem Heimatland passt, dem «heiligen Heimatland», das die prägenden Werte der Nation erhalten soll.

Kürzlich wurde aufgedeckt, dass amerikanische Neonazis beim Aufbau einer Kette von «braunen Fitnessstudios» mitgewirkt haben, rechtsextremen Trainingsclubs in England, die sich «Active Club» nennen. Gibt es weitere grenzüberschreitende Verbindungen?

Ich weiss, dass es die «English Defence League - Polish Division» (Englische Verteidigungsliga, polnische Division) gab und dann die «Polish Defence League - English Division» (Polnische Verteidigungsliga, englische Division)⁶, was für viel Verwirrung gesorgt hat. Die «Football Lads Alliance»⁷ versucht, deren Netzwerke zu nutzen, aber es handelt sich da wirklich um Randgruppen. Vor allem konnte sich die extreme Rechte internationalisieren, indem sie sich sozialen Netzwerken zugewandt hat, vor

allem jetzt, da Plattformen wie X (früher Twitter) für die sogenannte «Meinungsfreiheit» eintreten.

Das war am 6. Januar 2021 mit dem Aufstand vom Capitol Hill sehr deutlich zu sehen – diese Angst, die online erzeugt wurde, hat sich in eine Aktion im wirklichen Leben umgesetzt. Ich weiss also nicht, wie sehr sich die Leute im Trump-Lager bewusst waren, wie das enden könnte. Ich denke, sie hatten die Macht der sozialen Medien in diesem Fall unterschätzt, aber man konnte ein breites Spektrum an Gruppen wie QAnon, die Identitären, die «Proud Boys» usw. sehen, die sich alle wegen der Angst, die Trumps Gefolgsleute online geschaffen hatten, im Capitol Hill versammelten.

Kommen wir auf deren Gegensatz zwischen «Internationalismus» und Rassismus zurück. Sind Führungspersönlichkeiten wie Orban in Ungarn oder Meloni in Italien wirklich vom Hass auf diese «Anderen», den sie schüren, motiviert?

Hass zu schüren, ist tatsächlich ein sehr bequemes Mittel, um die Macht zu ergreifen, denn es spielt mit den wirklich niederen Instinkten dieser Gesellschaft, und in einer globalisierten Welt kommen natürlich immer mehr Menschen ins Land. Das Interessante daran ist jedoch, dass man nicht wirklich Geflüchtete oder Migrant:innen braucht, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren; man muss nur das Bild erzeugen. Die Leute lesen, dass es grosse Bewegungen von Menschen aus Bürgerkriegs- oder Armutsgeländen usw. gibt, und man kann daraus leicht eine Angst erzeugen, um die Macht zu ergreifen. Meiner Ansicht nach ist das ein sehr zynisches Spiel. Ich denke, viele der Führenden und ihre engen Gefolgsleute sind nicht wirklich ideologisch, sie verwenden diese Themen nur, weil sie glauben, dass sie funktionieren. Und nach ein paar Jahren sieht man dann, dass sie ihre Macht nicht für irgendwelche ideologischen Zwecke nutzen, sondern dass sie im Grunde Kleptokraten sind.

Man sieht, dass in Ungarn die meisten Unternehmen jetzt im Besitz von Freunden Viktor Orbans sind oder von ihnen geführt werden. In Polen gibt es jeden Tag einen neuen Skandal um den Diebstahl von Geldern aus dem Staatshaushalt. Wenn Bolsonaro länger an der Macht gewesen wäre, wäre das bei ihm wohl auch der Fall, oder in Argentinien. Ich bin mir ziemlich sicher, dass viele Leute aus dem unmittelbaren Umfeld der Anführer nur wegen des Geldes und der Macht da sind. Was die Anführer selbst betrifft, so weiss ich ehrlich gesagt nicht, ob einige von ihnen wirklich in dem Gefühl schwelgen, eine Mission zu haben. Doch oft geht es wohl nur darum, die Macht zu ergreifen und was auch immer damit einhergeht – in der Regel Geld.

Aber das führt immer noch zur Verbreitung von Ideen und Einstellungen, die früher nur

mit der extremen Rechten in Verbindung gebracht wurden, und wir sehen, wie gefährlich das sein kann.

Das ist etwas, was mir kürzlich aufgefallen ist, als ich mit Eltern an der Schule meiner Kinder gesprochen habe. Sie machten Witze über die vielen Ingenieure, Ärzte und Ärztinnen, die auf Booten von Nordafrika nach Europa kommen, und das immer mit einem kleinen Augenzwinkern und ähnlichen Gesten. Das ist eigentlich eine «abgemilderte» Version dessen, was die Rechtsextremen sagen, und diese Angst vor Migrant:innen und Geflüchteten wird in der gesamten Gesellschaft verbreitet. Bisher habe ich noch keine Möglichkeit gesehen, um dem entgegenzuwirken. Wie zum Beispiel Dinge hervorheben wie die Tatsache, dass der einzige Anstieg der Kriminalität, der nach der Ankunft von Geflüchteten stattfindet, bei den von der extremen Rechten begangenen Verbrechen gegen die Geflüchteten oder gegen Menschen, die diesen helfen, zu verzeichnen ist?

Ich denke, dass dies eine Herausforderung ist, die in den nächsten Jahren sowohl von der Antifa-Bewegung als auch von den politischen Entscheidungsträgern angegangen werden muss, um die Menschen der Mittelschicht zu erreichen.

Glauben Sie, dass antifaschistische Gruppen international weniger gut vernetzt sind als die extreme Rechte?

Die Frage ist, wie aktiv sich die Menschen für das interessieren, was in anderen Ländern passiert. Denn in manchen Fällen gibt es so viele Dinge, die in ihrem Heimatland vor sich gehen, dass sie nicht einmal Zeit haben, sich umzuschauen, was in den Nachbarländern oder gar auf dem Kontinent passiert. Ich meine, wir hatten das in Polen acht Jahre lang, wo die polnische Regierung ziemlich nervig war, vor allem für Aktivist:innen, und es gab viele Protestkampagnen und viele Menschen auf der Strasse. Es gab so viele Dinge, die vor Ort passierten, dass die Menschen keine Zeit hatten, sich anzusehen, was in Deutschland oder jenseits unserer Ostgrenze passiert, weil sie so sehr mit den eigenen Dingen beschäftigt waren.

Wenn man sich die Versuche zum Beispiel in den USA ansieht, die rechtsextremen Initiativen zu bekämpfen, dann sind sie sehr lokal verankert; es geht darum, dass die Menschen ihre eigenen «Communities» schützen. In den Vereinigten Staaten war antifaschistische Politik viele Jahre lang wirklich selten, nachdem die «Anti-Racist Action»⁸ etwas an Fahrt verloren hatte, gab es keinen militanten Antifaschismus mehr. Trump kommt an die Macht und es gibt Leute wie Richard Spencer⁹ und andere, und plötzlich erlebt man ein Wieder-aufleben der militanten Antifa. Heutzutage basiert ein Grossteil der amerikanischen antifaschistischen Bewegung auf den Communities. Sie spricht die Communities an, indem sie sagt, dass diese Leute eine Bedrohung für

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

sie darstellen, da die Rechtsextremen gerade solche, die vielfältig, migrantisch, LGBT-freundlich, oder was auch immer sind, ins Visier nehmen. Und mir scheint, diese Bewegung ist zurzeit ziemlich stark.

Die extreme Rechte greift wirtschaftliche und soziale Themen auf, die die Linke aufgegeben hat, wie den Schutz von Arbeiterfamilien, ein sichereres Arbeitsumfeld oder die Erhöhung des Mindestlohns. Dies sind linke Forderungen, aber die sozialdemokratischen und liberalen Parteien haben sich leider dem Neoliberalismus verschrieben. Ich denke, dass die Sprache der etablierten Parteien für die jüngere Generation von Aktivist:innen unverständlich ist. Diese hat ihre eigene Agenda, die eine wirklich linke Agenda ist,

und sie sehen die Bedrohung von ganz rechts kommen, weshalb sie sich antifaschistisch positionieren.

Das Gespräch führte Uri Gordon für «Freedom» am 10. November 2024

1. Dieses Interview wurde erstmals in der Winterausgabe 2024/25 von der anarchistischen Internetzeitung «Freedom» in London veröffentlicht.
2. Forscher an der Universität und am Europäischen Solidaritätszentrum in Danzig.
3. Die CPAC ist eine jährlich stattfindende Konferenz von konservativen Aktivist:innen und Politiker:innen aus den USA und inzwischen ein weltweiter Treffpunkt der extremen Rechten.
4. Reproduktive Rechte und Gesundheit beschreiben das Recht einer jeden Einzelnen, selbstbestimmt und frei über den eigenen Körper und die eigene Sexualität zu entscheiden.
5. Wohlfahrts-Chauvinismus: Der Wohlstand in einem Staat soll nur einem Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen, zum Beispiel nur den Einheimischen anstatt den Eingewanderten.

6. Die «English Defence League» (EDL) hat 2010 die «European Defence League» ins Leben gerufen, um eine internationale Bewegung gegen die angebliche Islamisierung Europas (den «grossen Austausch») zu bilden.

7. Die «Football Lads Alliance» (FLA): eine rechtsextreme Gruppe in England von 2017.

8. Die «Anti-Racist Action» (ARA): dezentralisiertes Netzwerk militanter linksextremer Gruppen in den USA und Kanada.

9. Richard Spencer: rechtsextremer US-amerikanischer Aktivist, Neonazi, Antisemit, Befürworter der Sklaverei und weisser Suprematist.

SERBIEN/BERGBAU

Serbien – Bergbaukolonie der EU

Die Menschen in Serbien protestieren gegen den Lithiumabbau in ihrem Land – er verseucht die Böden und verunreinigt das Wasser. Die EU hat den Lithium-Pakt dennoch beschlossen. Denn die deutsche E-Autoindustrie braucht den Rohstoff.

Wer ihn bedroht, weiss Aleksandar Matković nicht. Mitte August bekommt der Ökonom vom Institut für Wirtschaftswissenschaften in Belgrad Todesdrohungen via Telegram. Wenn er weiterleben wolle, solle er sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen, heisst es in den Nachrichten. Kurz darauf führt die serbische Polizei Razzien in den Wohnungen von vier seiner Freunde durch. Die Profile von Matković und anderen Wissenschaftlern und Umweltaktivistinnen werden auf einer regierungsnahen Website hochgeladen, in einem neu gegründeten «Register von Ökoterroristinnen». In verpixeltem Schwarz-Weiss vor giftgrünem Hintergrund muten die Bilder an wie Fahndungsfotos von Schwerekriminellen.

Die Umweltbewegung ist der serbischen Regierung ein Dorn im Auge. Und das vor allem wegen ihres Erfolgs. Die Proteste gegen den geplanten Lithiumabbau im Jadar-Tal polarisieren das ganze Land. «Das hat die politische Landschaft in Serbien komplett verändert», meint Aleksandar Matković. «Ökologische Fragen waren überhaupt nicht auf der politischen Agenda, aber mit den geplanten Gesetzesänderungen zur Lithium-Frage haben sie das ganze Land mobilisiert. Das waren die grössten Proteste seit dem Sturz von Milošević.»

Lithium für deutsche E-Autos

Die EU und Serbien wollen im Jadar-Tal, südwestlich von Belgrad, das grösste Lithium-Vorkommen Europas erschliessen. Daran hat insbesondere Deutschland ein grosses Inter-

esse. Für den Ausbau der E-Mobilität ist die deutsche Industrie auf den Rohstoff angewiesen. China kontrolliert einen Grossteil des weltweiten Abbaus und der Verarbeitung von Lithium. Um nicht von China abhängig zu sein, fördert die EU europäische Bergbauprojekte, wie die des britisch-australischen Bergbauinvestors «Rio Tinto» im Jadar-Tal. Das Jadar-Tal ist eine bevölkerungsreiche, fruchtbare Agrar-Region mit grossen Trinkwasservorkommen. Die drohende Zerstörung und zu erwartenden Verunreinigungen von Wasser und Boden mobilisierten Umweltschützer, Wissenschaftlerinnen und Anwohner gleichermaßen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben in einem Beitrag in der «nature» (wissenschaftliche Berichte, nature.com) dargelegt, dass schon allein die Forschungsbohrungen die Konzentrationen von Bor, Arsen und Lithium in den nahe gelegenen Flüssen erhöht hat. Überschreitungen der Sanierungsgrenzwerte wurden wiederholt in Bodenproben nachgewiesen. Nach landesweiten Protesten hatte der serbische Präsident Aleksandar Vučić 2022 das Projekt zunächst auf Eis gelegt. Vor allem der Entwurf eines Gesetzes zur Enteignung der Bevölkerung sorgte für massiven lokalen und landesweiten Widerstand, der Vučić zwang, das Projekt für beendet zu erklären.

Trotz des angeblichen Stopps hat Rio Tinto seit Juni 2022 in der Umgebung von Loznica im Jadar-Tal weiter Grundstücke im Wert von 1,2 Millionen Euro gekauft, wie das «Balkan Investigative Reporting Network» berichtete.

Mitte Juli dieses Jahres kam dann auch die politische Kehrtwende: In Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz und EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič unterzeichnete Vučić in Belgrad eine Absichtserklärung, die eine Förderung ermöglichen soll. Auch die Hersteller Mercedes-Benz und Stellantis planen, sich an der Mine zu beteiligen.

Die serbische Regierung hofft auf Milliardenereinnahmen durch das Projekt. 58.000 Tonnen Lithium will Vučić jährlich abbauen lassen. Das reiche für 1,1 Millionen Elektroautos und würde damit 17 Prozent des europäischen Bedarfs decken, erklärte er dem Handelsblatt (17.07.2024). Vučić verspricht, den Rohstoff nicht nur zu exportieren, sondern auch den Bau von Batterien in Serbien voranzutreiben.

Autokratische Transformation

«Wir machen keine Fortschritte im Bereich der grünen Transformation, im Gegenteil, wir machen Rückschritte», sagt Matković. Der Ökonom warnt davor, Serbien zu einer «Bergbaukolonie» zu machen. Ausländische Investitionen, wie die von Rio Tinto, führten nicht zu einer Erhöhung des Lebensstandards in Serbien. «Die soziale Ungleichheit in Serbien ist extrem und sie wird sich nicht verringern, wenn wir uns als Rohstofflieferant von einem einzigen Unternehmen abhängig machen.» In dem Lithium-Deal mit Rio Tinto verschmilzt die vermeintlich grüne Transformation mit dem Autoritarismus von Vučić, schreibt Matković Anfang August in einem offenen Brief. Kurz darauf erhält er die ersten Drohungen.

Es sind vermutlich Aussagen wie diese, die Matković und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter zur Zielscheibe staatlicher Repression machen. Immer mehr Umweltaktivistinnen und Umweltaktivisten wird vorgeworfen, mit ihren Aktivitäten die «verfassungsmässige Ordnung abschaffen zu wollen». Sie werden zu Staatsfeindinnen stilisiert oder als «Ökoterroristen» diffamiert. «Wir schätzen, dass rund sechzig Aktivistinnen und Aktivisten irgendeine Form von Drohung oder Anschuldigung erhalten haben», sagt Matković. Auch prominente Unterstützerinnen der Proteste, wie etwa die kroatische Sängerin Severine

Vucković, geraten ins Visier. Bei ihrer Einreise wurde sie von der Grenzpolizei festgehalten und zu ihrer Meinung zur geplanten Lithium-Mine befragt.

Die EU scheint vor den Gefahren für die Umwelt, aber auch vor der Repression gegen die Umweltschützerinnen und Umweltschützer die Augen zu verschliessen. Zu wichtig ist der Rohstoff für das Gelingen der «grünen Transformation» und des europäischen Green Deal. In der Tageszeitung (12.08.24) beteuert Staatssekretärin Franziska Brantner zwar, die EU und Serbien müssten dafür sorgen, dass Umweltstandards eingehalten würden. Die Mine komme aber auf jeden Fall – entweder unter chinesischer oder europäischer Beteiligung.

Wettlauf um Rohstoffe

«Die Europäische Union ist in einer Art Panikmodus», meint der Rohstoff-Experte Michael Reckordt. «Sie versucht sich gerade ähnlich wie auch China oder die USA, überall global auf der Welt Rohstoffzugänge zu sichern.» Innerhalb kürzester Zeit verabschiedete die EU im vergangenen Jahr den «Critical Raw Material Act», mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen zu verbessern und die Resilienz der Lieferketten zu stärken. Die geopolitischen Rivalitäten mit China, aber auch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, sowie der «Inflation Reduction Act», mit dem die USA eine Nationalisierung ihrer Rohstoffquellen und der Produktion vorantreiben, sorgen dafür, dass die EU stark unter Zugzwang ist.

Dieser Wettlauf um kritische Rohstoffe offenbart aber vor allem die Widersprüche einer grünen Wirtschaftstransformation, die allein auf Elektrifizierung setzt: «Im Grunde

ist die grüne Transformation, so wie sie in der Politik definiert ist, die Antwort auf das Versagen, die Klimakrise zu stoppen oder einzudämmen», so Michael Reckordt. «Es wird panikartig versucht, da zu dekarbonisieren, wo es den grössten Druck gibt. Das ist der Strom- und Mobilitätsbereich.»

Beim Thema Lithium wird das besonders deutlich. Vor allem das Autoland Deutschland braucht den Rohstoff für die hiesige Industrie. Deutschland hat einen weitaus höheren Metallverbrauch als viele seiner Nachbarländer, ein Drittel davon entfällt auf die Autoindustrie. Insgesamt liegt der deutsche Rohstoffverbrauch weit über einem global gerechten Niveau. «Wenn Deutschland sagt: ‚Wir brauchen fairen und freien Zugang zu den Rohstoffmärkten dieser Welt‘, dann bedeutet frei und fair überhaupt nicht das, was wir als Umwelt- oder Menschenrechtsorganisation darunter verstehen, sondern einfach nur, wir müssen möglichst günstig an möglichst viele Rohstoffe ran», so Reckordt.

Statt sich aggressiv die Zugänge zu kritischen Metallen zu sichern, wie in Serbien, müsste also in erster Linie der Rohstoffbedarf insgesamt reduziert werden, betont Reckordt. Das hiesse vor allem kleinere und weniger Autos zu bauen, eine Verkehrswende einzuleiten, welche die Abhängigkeit vom Auto reduziert, Rohstoffe zu recyceln und den Energieverbrauch in der Industrie drastisch zu senken. In der Konsequenz würde das bedeuten, eine wirkliche grüne Transformation zu vollziehen und die Wirtschaft tatsächlich klimaneutral und ökologisch umzubauen, anstatt Rebound-Effekte¹ zu erzeugen und Umwelt- und Menschenrechtsprobleme ins Ausland zu verschieben. Mit dem deutschen Selbstverständnis als wachsende Export- und

führende Auto- und Industrienation geht das nicht zusammen.

Dabei zeigen sich die Widersprüche der kapitalistischen grünen Transformation auch hierzulande, wie zuletzt die angekündigten Sparpläne von VW deutlich vor Augen führen. Job-Garantien in Deutschland und das Recht auf eine unversehrte Umwelt in Serbien schliessen sich jedoch nicht gegenseitig aus. Eine weitreichende Transformation einzuleiten, welche die Interessen der breiten Bevölkerung und die Sicherung ihrer Existenz ins Zentrum stellt, wäre die politische Aufgabe der Stunde. Den europäischen Lithium-Deal und die deutschen Industrie-Interessen im Ausland auf Kosten der dort lebenden Bevölkerung durchzusetzen, ist das genaue Gegenteil.

Ob die Mine kommen wird, wagt Aleksandar Matković nicht zu sagen. Die Pläne von Rio Tinto, Vučić und der EU mobilisieren über die Landesgrenzen hinaus. Immer mehr internationale Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten, unter anderem aus Deutschland, beteiligen sich an den Protesten gegen den Bergbau in Serbien. Dieser Rückhalt ist in Anbetracht der massiven Repression enorm wichtig. Ob der Lithium-Abbau allerdings wirklich verhindert werden kann, «hängt an uns allen», schreibt Matković.

Ronja Morgenthaler*

*Ronja Morgenthaler ist Journalistin und Politikwissenschaftlerin mit dem Fokus auf sozial-ökologische Transformation, Klima und Ostdeutschland. Dieser Artikel erschien als erstes am 11. September 2024 im Online Magazin Jacobin Deutschland.

1. Effizienzsteigerungen senken oft die Kosten für Produkte oder Dienstleistungen. Dies kann dazu führen, dass sich das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer ändert: Sie verbrauchen mehr – die ursprünglichen Einsparungen werden teilweise wieder aufgehoben. Dieser Effekt wird «Rebound» genannt.



Dystopische Landschaften. Eine Hoffnungsquelle sind die lebendigen Menschen davor!

BUCHTIPP - Es geht um utopische Auswege aus der autodestruktiven Vernunft. Kaum etwas prägt die moderne Konsumgesellschaft so sehr wie das Automobil – Grund genug, unsere toxische Liebesbeziehung zu ihm zu analysieren und Auswege aus der planetaren Autodestruktion aufzuzeigen.

Kilian Jörg unternimmt jenseits von Klimabilanzen und moralischen Vorwürfen eine letzte Spritztour durch einbetonierte Vorstellungen von «Freiheit», «Normalität», «Vernunft» und «Natur», die den Ökozid alternativlos erscheinen lassen. Mithilfe von Beyoncé, Lynch und Le Guin begibt er sich auf eine Achterbahnfahrt durch Popkultur, faschistische Männlichkeit, Erdöl, Nationalparks, aktivistische Landbesetzungen und die Tugenden der Autofetischistinnen, um zu einer Utopie autofreier Welten aufzurufen. Der Soziologe, Historiker und Autor Conrad Kunze* meint: «Die schönste Aussage im Buch ist die Prognose, dass der Privatbesitz von Autos in grossen Städten 2025 Geschichte sein wird. Bis dahin führt die Lektüre durch die Ideengeschichte von Plato bis Baudrillard, und

vom ersten Elektroauto bis zum Tesla im Weltall. Unterhaltsamerweise wird die Leserin/der Leser nebenbei in die zeitgenössische Philosophie eingeführt – eine seltene Synthese aus Wissenschaft und lebendigem Denken. Überraschend endet die Reise mit einem vorsichtig-zaghaften Versuch der Zuversicht.»

Kilian Jörg: «Das Auto und die ökologische Katastrophe»,
390 Seiten, erschienen am 27. Sept. 2024
im transcript Verlag, Bielefeld

*Das Buch von Conrad Kunze zur selben Thematik, erschienen 2022 ebenfalls bei transcript (Public History – Angewandte Geschichte): «Deutschland als Autobahn: Eine Kulturgeschichte von Männlichkeit, Moderne und Nationalismus».

SCHWEIZ/VERDINGKINDER

Geraubte Kindheit

Zwei Schweizer Freunde, Bernard und Nicolas, haben uns mit einem dunklen Kapitel der Schweizer Geschichte konfrontiert: der Geschichte der Verdingkinder. Tatsächlich gehören beide Freunde zur letzten Generation dieser Kinder, die weit weg von ihren Familien aufgewachsen sind und die ihre jungen Jahre unter sehr schwierigen Umständen verbracht haben.

Bernard und Nicolas sind heute erwachsen und haben es geschafft, ihre Traumata so weit zu überwinden, dass sie ein halbwegs «normales» Leben führen können, auch wenn sie unauslöschliche Spuren dieser geraubten Kindheit in sich tragen. Die hier zusammengestellten Informationen stammen aus Dokumentationen, die unsere beiden Freunde an uns weitergegeben haben. Ihre persönlichen Aussagen veröffentlichen wir in der Jänner-Ausgabe des Archipels. Heute widmen wir uns den geschichtlichen Hintergründen und der aktuellen Situation.

Der Einfluss von Vorurteilen

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz viele Kinder von den Behörden zwangsweise in Familien und Institutionen platziert. Lange Zeit schwiegen die Opfer über ihre Leiden. Doch allmählich brachen die Mauern des Schweigens und einige Betroffene begannen, ihre Geschichte zu erzählen. Diese Tatsache löste eine Debatte aus, die diese dunkle Periode der Schweizer Sozialgeschichte ans Licht brachte. Die Zeit nach 1930 ist gut dokumentiert, mit direkten Aussagen von Zeuginnen und Zeugen, Berichten und Studien. Auf diese Periode soll hier eingegangen werden. In diesen wenigen Jahrzehnten wurden Zehntausende von Kindern ihren Familien weggenommen. Zwangsmassnahmen gegen arme Familien waren damals üblich. Die Behörden neigten

dazu, diesen Familien die Kinder wegzunehmen, weil sie die Eltern als «untauglich» oder «unwürdig» eingestuft hatten. Diese Platzierungen, die oft mit moralischen Argumenten oder dem Schutz der Kinder begründet wurden, spiegelten aber vor allem soziale und wirtschaftliche Vorurteile wider. Die damaligen Gesetze waren davon geprägt, und erschwerend kam noch hinzu, dass deren Einhaltung und Auslegung je nach den örtlichen Gegebenheiten variierten.

Problematische Praktiken

Der Begriff «Pflegekind» umfasste ein breites Spektrum an Situationen. Geben wir einen Überblick über die häufigsten:

- Einige Kinder wurden fast wie Sklaven behandelt, wie z. B. er achtjährige Max Verdon, der bei einer Versteigerung («La Puta Misa» im Dialekt) auf einem Dorfplatz verkauft wurde. Er wurde verkauft, um für seinen «Besitzer» zwangsweise zu arbeiten.

- Administrative Internierungen: Jugendliche und junge Erwachsene wurden ohne ein formelles Gerichtsverfahren aus moralischen, sozialen oder verhaltensbedingten Gründen in gewöhnlichen Gefängnissen eingesperrt, aber nicht aufgrund von präzisen strafrechtlichen Anklagen oder Gerichtsurteilen. Beispielsweise konnte es sich um eine unehelich schwanger gewordene Jugendliche oder einen jugendlichen Ausreisser handeln. Diese Internierungen konnten von unbestimmter Dauer

sein und das Verfahren zur Entlassung war oft vage und willkürlich.

- Einweisungen in Erziehungsanstalten mit sehr strenger Disziplin für Kinder, die als Straftäter galten oder sich unangemessen verhielten.

- Unterbringung bei Bauern: Einige Kinder wurden als Hilfskräfte in der Landwirtschaft eingesetzt. Die Glücklicheren fanden manchmal ein familiäres Umfeld vor, aber meistens wurden sie misshandelt, sexuell missbraucht, vernachlässigt und wie billige Arbeitskräfte behandelt.

- Bei Pflegefamilien: Diese Unterbringung erfolgte entweder auf Wunsch der Familie oder auf Anordnung der Behörden, wobei die Bedingungen sehr unterschiedlich waren.

- Unterbringung in psychiatrischen Kliniken: Kinder mit psychischen Störungen oder abweichendem Verhalten konnten in psychiatrischen Kliniken untergebracht werden, oft ohne angemessene Versorgung und unter Bedingungen, die als unmenschlich beschrieben werden können. Einige dieser Kinder wurden sogar als Versuchspersonen klinischen Studien in Bezug auf neue Medikamente bzw. Behandlungen ausgesetzt, wobei sie oder ihre Eltern nicht immer ihre Zustimmung gaben. Diese Praktiken waren häufig das Ergebnis von Stigmatisierung und Unkenntnis über psychische Störungen sowie des Fehlens klarer Standards für den Kinderschutz und die psychosoziale Versorgung.

Schwierige Bewusstseinsbildung

In den 30 Jahren seit der Abschaffung des Systems im Jahr 1981 wurde die Anerkennung von Missbräuchen innerhalb des Schweizer Pflegekinderwesens durch beträchtlichen Widerstand und beabsichtigte Langsamkeit behindert. Trotz der Bemühungen von Aktivistinnen wie Louissette Buchard-Molteni und Daniel Cevey schienen die Schweizer Behörden nicht gewillt zu sein, die schmerzhaften Realitäten anzuerkennen. Es muss dazu gesagt werden, dass viele Personen, die damals Autoritätsposten innehatten, wie Sozialarbeiterinnen, Erzieherinnen, Richterinnen oder Pflegefamilien, noch am Leben bzw. noch da waren, was vermutlich zu einem institutionellen Widerstand gegen



das Eingeständnis vergangenen Unrechts beigetragen hat. Es war auch schwierig, soziale Vorurteile zu überwinden und politische Interessen beiseitezuschieben, um sich den zu bewältigenden rechtlichen Herausforderungen zu stellen. Es ist auch möglich, dass die Gesellschaft als Ganzes nicht bereit war, sich mit der Realität des Missbrauchs und der Traumata, die diesen Kindern zugefügt wurden, auseinanderzusetzen. Es dauerte bis zum Jahr 2013, bis es endlich zu einer echten Anerkennung des Leidens kam und ein kollektives Bewusstsein entstand. Diese Anerkennung war das Ergebnis des wachsenden Drucks von Überlebenden des Heimsystems sowie von Aktivist:innen und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen.

Traumata

Die Schäden, die Pflegekindern zugefügt wurden, sind unermesslich und tiefgreifend, weil sie einen erheblichen Prozentsatz der Überlebenden dauerhaft beeinträchtigen. Etwa 60 Prozent von ihnen sind auf die eine oder andere Weise auf der Strecke geblieben und haben mit Schwierigkeiten wie Sucht oder psychischen Störungen zu kämpfen. Einige haben Suizid begangen. Nur 40 Prozent von ihnen haben es geschafft, ihr Leben wieder aufzubauen, sich in die Gesellschaft zu integrieren, eine Familie zu gründen und berufliche Stabilität zu finden. Alarmierend ist auch, dass nach Angaben von Vertreter:innen der Bundesbehörden bis zu 90 Prozent dieser Kinder sexuell missbraucht wurden -eine Zahl, die das schockierende Ausmass der zugefügten Traumata verdeutlicht. Diese Statistiken offenbaren nicht nur die katastrophalen Folgen des damaligen Pflegekinderwesens, sondern auch die Dringlichkeit, dieses Leid anzuerkennen und den Überlebenden angemessene Unterstützung zukommen zu lassen.

Die offizielle Anerkennung des Leids der Verdingkinder war ein entscheidender Schritt nach vorn,

doch der Weg zu wirklicher Gerechtigkeit und Wiedergutmachung ist noch weit. Die Reaktion der Schweizer Behörden war während der ganzen Auseinandersetzung mit den Überlebenden des Pflegekinderwesens gemischt. Zwar entschuldigten sie sich offiziell und boten einen finanziellen Betrag an, doch dieser entsprach nicht den Erwartungen von zahlreichen Überlebenden. Denn es handelte sich um lediglich 25.000 CHF pro Person.

Nur 11.000 Betroffene haben sich schlussendlich bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft gemeldet. Die meisten Opfer sind inzwischen verstorben. Die Forderungen der Überlebenden wurden zwar teilweise erfüllt, aber es bleibt noch viel zu tun. Neben einer substanziellen finanziellen Entschädigung braucht es auch konkrete Massnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität, einschliesslich einer besseren medizinischen und sozialen Betreuung. Heute leben viele Betroffene in Armut und haben nur ein minimales Renteneinkommen, das ihnen kein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Einige Überlebende treffen sich regelmässig und/oder haben sich in Gruppen zusammen-

geschlossen. Sie wollen sicherstellen, dass sich solche Gräueltaten, wie sie sie erlebt haben, nie mehr wiederholen können. Dazu gehören Gesetze und politische Entscheidungen, um die Rechte der Kinder dauerhaft zu schützen, strenge Überwachungsmechanismen zur Verhinderung von Missbrauch und angemessene Unterstützung für Familien in Not.

F. Gideon

Literaturauswahl:

Sergio Devecchi: «Heimweh. Vom Heimhub zum Heimleiter», Stämpfli Verlag AG, Bern, 2017

Marco Leuenberger, Loretta Seglias: «Geprägt fürs Leben – Lebenswelten fremdplatzierter Kinder in der Schweiz im 20. Jahrhundert», Chronos Verlag, Zürich 2015

Marco Leuenberger, Loretta Seglias: «Versorgt und vergessen – Ehemalige Verdingkinder erzählen», Rotpunktverlag, Zürich 2008

Lotti Wohlwend, Arthur Honegger: «Gestohlene Seelen. Verdingkinder in der Schweiz», Huber Frauenfeld, 2006

Dora Stettler: «Im Stillen klagte ich die Welt an – als Pflegekind im Emmental», Limmat-Verlag, Zürich 2004

Arthur Honegger: «Die Fertigmacher». Neuausgabe Huber Frauenfeld Verlag, 2004

Rosalia Wenger: «Rosalia G.: Ein Leben», Zytglogge, Gümligen 1989

Hélène Beyeler-Von Burg: «Schweizer ohne Namen – Die Heimatlosen von heute», Vierte Welt Verlag, Schweiz 1985



Ein Kind – und doch schaut der Mann dem Mädchen in den Mund wie einem Pferd.

Chronologie

- **1970er Jahre:** Die Öffentlichkeit wird aufgrund der ersten Zeugenaussagen, Zeitungsartikel und Reportagen auf den systemischen Missbrauch von Pflegekindern aufmerksam. Es findet eine allmähliche Sensibilisierung für die Rechte des Kindes statt.
- **1978:** Die Schweiz verabschiedet ein neues Sozialhilfegesetz, das die Platzierungspraxis reformiert und strengere Schutzmassnahmen für Kinder einführt. Diese sollen die Missbräuche eindämmen und sicherstellen, dass Platzierungen tatsächlich nur im besten Interesse des Kindes erfolgen.
- **1981:** Abschaffung des alten Systems.
- **1980er Jahre:** Gesellschaftliche und gesetzliche Veränderungen markieren einen Übergang zu Praktiken, die das Kind besser schützen und seine Rechte achten.
- **1990er Jahre:** Mehrere Vereine und Einzelpersonen beginnen, sich für die Anerkennung des erlittenen Unrechts einzusetzen, darunter der Verein «Agir pour la dignité», dem Bernard und Nicolas angehören.
- **2004:** Es wird eine landesweite Petition gestartet, in der eine offizielle Anerkennung und Entschädigung für ehemalige Heimkinder gefordert wird.
- **2011:** Die Schweizer Regierung – der Bundesrat – beginnt, Massnahmen zur Anerkennung des Leids dieser Kinder zu prüfen.
- **2013:** Die erste Veröffentlichung eines historischen Berichts, der vom Staat in Auftrag gegeben wurde, zeigt das riesige Ausmass des Missbrauchs auf. Der Bundesrat entschuldigt sich offiziell bei den ehemaligen Verdingkindern für das erlittene Leid.
- **2014:** Die «Wiedergutmachungsinitiative» wird von dem Unternehmer Guido Fluri, einem ehemals Betroffenen, lanciert und findet breite Unterstützung. Diese Initiative fordert eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte und die Errichtung eines Fonds in der Höhe von 500 Millionen Franken zugunsten der Opfer.
- **2015:** Als indirekten Gegenentwurf zur Initiative schlägt der Bundesrat die Bereitstellung von 300 Millionen Franken für Entschädigungen vor. Die Wiedergutmachungsinitiative wird zurückgezogen, weil ein beachtlicher Teil ihrer Forderungen als erfüllt erscheint.
- **2016:** Das Parlament verabschiedet das «Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981», welches eine finanzielle Entschädigung für die Opfer vorsieht.
- **2017:** Das Gesetz tritt in Kraft und der Wiedergutmachungsfonds wird von staatlicher Seite eingerichtet.

BUCHVORSTELLUNG

Die andere Schweiz

Eine dichte und kritische Geschichte der Schweizer Asylbewegung zwischen 1973 und 2000, verfasst vom Historiker Jonathan Pärli und entwickelt auf der Matrix des Geschichtsphilosophen Jacques Rancière: «Indem sie sich in unmöglicher Weise mit den unerwünschten ‚Fremden‘ identifizierten, markierten die asylengagierten Schweizerinnen und Schweizer eine Differenz zum allgemeinen Asyldiskurs.»

Pärli beginnt sein Buch mit Betrachtungen Hannah Arendts über ihre eigene Flucht vor den Nazis, die ihr das Recht, Rechte zu haben, genommen haben. Danach, ausgehend von der These von Jacques Rancière, zeigt er auf, wie 1973 die «Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge» entstand und – sehr zum Unwillen des Bundesrats und der bürgerlichen Mehrheit im Parlament – 2000 bis 2500 Geflüchtete aus Chile in der Schweiz unterbrachte. Waren in den früheren Jahrzehnten in der Schweiz nur Geflüchtete vor dem Kommunismus willkommen, kamen nun vornehmlich linke Aktivist:innen, die sich vor einem rechten Militärputsch in Sicherheit bringen mussten. 1979 sei die Bewegung erneut gefordert worden, als die Behörden unter dem Eindruck von mehr Asylgesuchen, die von türkischen Kurd:innen, Tamil:innen und Zairer:innen gestellt wurden, das erste Asylgesetz erliessen, so der Autor. In den 1970er-Jahren habe die Bewegung vor allem

herausfinden und sichtbar machen müssen, wie der Staat und die involvierten Hilfswerke auf die Geflüchteten reagierten. Sie war somit in gewissem Sinn staatsfeindlich eingestellt. Nach dem Inkrafttreten des Asylgesetzes habe die Bewegung den Schwerpunkt zunehmend auf das korrekte Einhalten des Gesetzes gegenüber den Geflüchteten, ja auf das «Recht» und die «Rechtsstaatlichkeit» gelegt. Die offizielle Schweiz sei nämlich damals – wegen brutaler Ausschaffungen vor rechtskräftigen Asylentscheiden und misslichen Lebensbedingungen in den «Lagern» – unter den Verdacht geraten, es mit dem Asylrecht nicht so genau zu nehmen. Trotz diesem Fokus auf die Rechtsstaatlichkeit habe die Asylbewegung dennoch ständig rechtskräftige Wegweisungsentscheide in Frage gestellt und sei bereit gewesen, dafür das Recht zu brechen, um Geflüchtete vor der Ausschaffung zu bewahren. Obwohl deshalb Teile der Bewegung kriminalisiert wurden,

gab es aber auch spektakuläre Freisprüche wegen «Notstandshilfe». Vor diesem Hintergrund habe die Asylbewegung bei der dritten Asylgesetzrevision von 1990 erreicht, dass eine Mitte-Links-Koalition im Asylrecht die Gewaltentrennung einführt. Dadurch wurde erstmals eine gerichtliche Überprüfung von Asylentscheiden der Exekutive möglich, was Pärli als grossen Erfolg wertet.

Ein neuer Rassismus

Allerdings führte dies wiederum zu einer zunehmenden Wichtigkeit des Migrationsrechts. Die zunehmende Verrechtlichung führte einerseits vom «freien Ermessen», sprich der Willkür der Behördenpraxis, zu einem «gesetzmässigen Ermessen», was diese berechenbarer machte. Andererseits wurden ständig neue inhaltliche Verschärfungen in Gesetze gegossen, was zur zunehmenden Entrechtung der Asylsuchenden führte, die bis heute anhält.

Gleichzeitig, so Pärli, habe die Bewegung ständig damit zu kämpfen gehabt, «dass von der rechtsextremen Nationalen Aktion über die Behörden bis in die Sozialdemokratie davon die Rede war, dass das Volk empfindlich auf die ‚neuen Flüchtlinge‘ reagiere». Dies könne als weitere «neue Form des Rassismus, der ohne expliziten Rassenbegriff auskommt» verstanden werden. Auch dieser Aspekt ist bis heute in der Bewegung ein ständiges Thema.

Bis in die 1990er-Jahre ergriffen die Aktivist:innen mehrmals das Referendum gegen neue Verschärfungen der Migrationsgesetze – Stichworte sind dabei das Verfahren 88, die Einführung des Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht und das Drei-Kreise-Modell. Weil keine der provozierten Abstimmungen erfolgreich war, kam es in der Bewe-

gung zwar zu Kontroversen. Pärli hält dazu aber fest, dass sich die jeweilige Befürchtung der Referendumsgegner:innen, wonach sich Rechtsextreme im Abstimmungskampf profilieren könnten, kaum je eingetroffen sei. Vielmehr habe die Bewegung jeweils neuen Zulauf und Dynamik erlebt, aber auch eine gewisse Institutionalisierung hin zu stabileren Organisationsstrukturen «auf tiefem Niveau».

Eine verlorene Sache?

Rückblickend wertet Pärli die Berner Kirchenasyle von 1986/87 und 1993/94 als typische Erfolgsgeschichten der Asylbewegung, weil sie de facto für viele Tamil:innen und Kosovar:innen zu einem Bleiberecht geführt hätten. Im selben Zeitabschnitt gab es in der Schweiz aber auch äusserst brutale rechts-extreme und rassistische Gewaltexzesse mit mehreren Todesopfern und die «neue SVP» erlebte einen steilen Aufstieg. Obwohl sich die Asylbewegung stark mit diesen Entwicklungen auseinandergesetzt habe, sei es nicht zu einem markanten Zulauf gekommen. Hinzu kam seit den 1980er-Jahren die stetige Vergemeinschaftung des europäischen Migrationsrechts (Schengen/Dublin-System), welche die Bewegung zunehmend gefordert habe. Es sei ihr zwar gelungen, die Pläne der EG öffentlich zu kritisieren und sich international zu vernetzen; gescheitert seien jedoch bis zum Ende des Jahrhunderts gemeinsame, effektive internationale Protestaktionen. Erst

Mitte der Nullerjahre habe die Bewegung einen neuen Aufschwung erlebt, als Blocher in den Bundesrat gewählt wurde und die Schweiz den Abkommen von Schengen und Dublin beitrug.

Über den ganzen Zeitraum seiner Beobachtung sieht Pärli, dass sich die Asylbewegung immer wieder mithilfe der «Erweiterungsthese» gestärkt habe. Damit meint er die Strategie, das Schicksal der Geflüchteten mit dem eigenen Schicksal der «anderen Schweiz» zu verbinden: Wenn z.B. der Staat Haftplätze für Geflüchtete bereitstellt, können diese auch für die Haft von Aktivist:innen dienen. So werden Anliegen von Geflüchteten zu Anliegen der bewegten Schweizer:innen und Schweizer.

Am Ende zieht Pärli ein bedenkenwertes Fazit: Die Dialektik der Misserfolge der Bewegung führt seiner Darstellung nach letztlich häufig zu Erfolgen, obwohl die Asylbewegung an sich eine Art «verlorene Sache» im Sinne der Theoretikerin Lida Maxwell sei. So kann es nicht erstaunen, dass die Geschichte der Asylbewegung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werde. Umso mehr lohnt sich die Lektüre dieser spannenden und leicht zu lesenden Dissertation, einer Arbeit von drei Jahren, ausgehend von zahlreichen Gesprächen mit Aktivist:innen der Bewegung und Archiv-Recherchen, die zu bisher unveröffentlichten Texten führten.

Peter Frei, Solidarité Sans Frontières

BESTELLKARTE

Diesem Archipel liegt eine Bestellkarte für das kürzlich erschienene Buch von Jonathan Pärli bei, das auch einige Quellen von unserem jahrzehntelangen Engagement für Geflüchtete verwendet hat. Wir öffneten dem Autor für seine Arbeit unser Archiv in Basel und machten ihn mit dem Buch der beiden EBF-Mitarbeiter Michael Rössler und Claude Braun: «Ein unbequemes Leben – Cornelius Koch, Flüchtlingskaplan» (Zytglogge Verlag 2011) bekannt, das ihm ebenfalls wertvolle Informationen und Einschätzungen lieferte. Wir freuen uns, dass diese Dissertation über die Asylbewegung als Buch erschienen ist, sodass sich möglichst viele Menschen mit dieser Geschichte der anderen Schweiz auseinandersetzen können.

FRAUEN / GENDERQUEER / SCHWEIZ

Petition der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Am 25.11.2024, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, haben wir von der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel eine Petition lanciert, die Verbesserungen für Sans-Papiers Frauen und genderqueere Sans-Papiers fordert.

Sans-Papiers Frauen und genderqueere Sans-Papiers sind genauso von Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung betroffen wie Personen mit Papieren. Ihr unsicherer Aufenthaltsstatus erhöht das Risiko für Gewalterfahrungen jedoch erheblich. Schutz vor Gewalt wird ihnen verwehrt – auch durch die aktuelle Basler Härtefallpraxis.

Gerade in der Härtefallpraxis missachtet die Basler Regelung die Situation von Sans-Papiers Frauen teilweise komplett und trägt zu ihrer Ungleichbehandlung bei. Das ist Basel unwürdig. Mit dieser Petition fordern wir Herrn Regierungspräsident Conradin Cramer und Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann dazu auf, unsere Forderungen zum Schutz von Sans-Papiers Frauen und genderqueeren Sans-Papiers umzusetzen sowie dringend notwendige Veränderungen in die

Härtefallpraxis des Kantons aufzunehmen. Erleben Sans-Papiers Frauen und genderqueere Sans-Papiers heute häusliche Gewalt oder sexuelle Ausbeutung in einer Beziehung oder am Arbeitsplatz, können sie keine Anzeige machen. Sie müssen Angst davor haben, ausgeschafft zu werden. Dieser rechtliche Missstand schützt die gewaltausübenden Personen.

Wer von Gewalt betroffen ist, muss Schutz erhalten. Es kann nicht sein, dass die aktuelle Situation Täter schützt und die Opfer im Stich lässt. Täter von Sans-Papiers Frauen müssen nicht mit Konsequenzen rechnen. Die Basler Regierung soll Sans-Papiers Frauen und genderqueeren Sans-Papiers den gleichen Schutz gewähren wie Personen mit Papieren.

Sans-Papiers Frauen mit Kindern kommen nicht nur finanziell für ihre Kinder auf, son-

dern erledigen den Grossteil der Haushalts- und Betreuungsaufgaben, kümmern sich um Angehörige und das ohne Unterstützung von staatlicher Seite. Trotzdem wird das Härtefallgesuch einer alleinerziehenden Mutter nur bewilligt, wenn sie ein Einkommen, das mit starren Einkommensregeln berechnet wird, vorweisen kann.

Darum fordern wir:

Häusliche Gewalt bekämpfen: Wir fordern, häusliche Gewalt als Härtefallgrund anzuerkennen – ohne das Risiko einer Abschiebung. Glauben Sie den Betroffenen!

Care-Arbeit anerkennen: Sans-Papiers Frauen und genderqueere Sans-Papiers leisten den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit im Haushalt. Alleinerziehende Sans-Papiers fallen völlig durch das Raster der aktuellen Härtefallpraxis. Wir fordern eine flexible Einkommensberechnung, die ihre Care-Arbeit und Mehrfachbelastung berücksichtigt.

Sexuelle Ausbeutung stoppen: Wer von sexueller Ausbeutung betroffen ist, muss Anzeige erstatten können. Gerade Sans-Papiers Frauen sind heute davon ausgeschlossen. Die Basler Regierung soll sexuelle Ausbeutung als Härtefall anerkennen und konsequent verfolgen.

Sie finden die vollständige Petition unter www.stopp-gewalt-an-sans-papiers.ch und können sie da unterschreiben. Herzlichen Dank!

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Der Appell wird bisher unterstützt von: Sans Papiers Kollektive, Europäisches Bürger:innen Forum, Frauen für den Frieden, Grüne Basel Stadt, GBB (Gewerkschaftsbund beider Basel), Solinetz Region Basel, vpod Region Basel, Unia, SP, Basta!, IGA (Interprofessionelle Gewerkschaft der Arbeiterinnen)